

Ein bereits rassistisches israelisches Gesetz wurde jetzt noch rassistischer

Amjad Iraqi, 972mag.com, 13.03.22

In einer nächtlichen Abstimmung am Donnerstag beschloss die Knesset, eines der rassistischsten Gesetze Israels noch rassistischer zu gestalten. Nach monatelangem politischem Gerangel verabschiedete das Parlament eine neue Fassung des Gesetzes über die Staatsbürgerschaft und die Einreise nach Israel. Dieses Gesetz verbietet Palästinenser:innen in den besetzten Gebieten und Bürger:innen aus „Feindstaaten“, sich mit Ehepartnern und Familien zusammenzuschließen, die israelische Staatsbürger sind.

Eigene vom Staat erhobene Daten zeigen, dass Sicherheitsbedenken im Zusammenhang mit der Familienzusammenführung stark übertrieben waren und Tausende von palästinensischen Arbeiter:innen dürfen jeden Tag nach Israel einreisen, solange sie in die besetzten Gebiete zurückkehren.

Seit fast zwei Jahrzehnten gilt diese „vorläufige Anordnung“ und sie ist ein entscheidendes Merkmal der israelischen Herrschaft über die Palästinenser:innen auf beiden Seiten der Grünen Linie. Sie greift direkt in ihr Recht ein, zu lieben, zu heiraten und Kinder aufzuziehen.

Die Geschichte des Staatsbürgerschaftsgesetzes ist vor allem eine Geschichte des wachsenden Selbstbewusstseins Israels bei der Durchsetzung seiner rassistischen Ambitionen. Bei seiner Einführung 2003 bemühten sich viele israelische Offizielle, es als „normale“ Zuwanderungspolitik oder als „Sicherheitsmaßnahme“ inmitten der Zweiten Intifada zu verteidigen.

Beide Argumente waren von Anfang an zweifelhaft: Das Rückkehrgesetz erlaubt nur einer ethnisch-religiösen Gruppe Einwanderung und Annahme der israelischen Staatsbürgerschaft. Eigene vom Staat erhobene Daten zeigen, dass Sicherheitsbedenken im Zusammenhang mit der Familienzusammenführung stark übertrieben waren und Tausende von palästinensischen Arbeiter:innen dürfen jeden Tag nach Israel einreisen, solange sie in die besetzten Gebiete zurückkehren.

Im Laufe der Jahre jedoch äußerte sich das israelische Establishment immer unverfrorener über den wahren Zweck des Gesetzes: demografische Manipulation. In der neuen Fassung wird nun ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Ziel darin besteht, den rechtlichen Status von Menschen aus „feindlichen Ländern oder Regionen“ einzuschränken, wobei die Identität und die Interessen Israels als „jüdischer und demokratischer Staat“ in den Vordergrund gestellt werden. Kurz gesagt, die Zahl der „nicht-jüdischen“ Bürger:innen – einheimische Palästinenser:innen – muss mit allen Mitteln aktiv reduziert werden. Über den wahren Charakter des Gesetzes hat sich im gesamten politischen Spektrum Israels offene Anerkennung

verbreitet und jegliche beschönigende Sprache wurde aufgegeben. Bei der Erneuerung des Erlasses im Jahr 2005 erklärte der damalige Premierminister Ariel Sharon: „Es gibt keinen Grund, sich hinter Sicherheitsargumenten zu verstecken. Es (dieses Gesetz) ist notwendig für die Existenz des jüdischen Staates“. Israels oberste Richter schlossen sich dem an: In seinem bestätigenden Urteil von 2012 bemerkte der Präsident des Obersten Gerichtshofs, Asher Grunis: „Menschenrechte sind keine Verordnung zum nationalen Selbstmord.“

Im Juli letzten Jahres erklärte der „liberale“ Architekt der Post-Netanjahu-Koalition, Außenminister Jair Lapid: „Es gibt keinen Grund, vom Kern dieses Gesetzes abzurücken. Es ist eines der Instrumente, die eine jüdische Mehrheit in Israel gewährleisten“. Auch die rechtsgerichtete Innenministerin Ayelet Shaked, die derzeit für die Überwachung der Anträge auf Familienzusammenführung zuständig ist, stellte letzten Monat klar: „Wir brauchen kein Blatt vor den Mund zu nehmen, das Gesetz hat auch demografische Gründe.“

Die internationale Gemeinschaft hat es lange Zeit als gegeben betrachtet, dass Israel immer ein „jüdischer Staat“ sein würde. Was sie nicht fragte – oder nicht hinterfragte – war, was nötig wäre, um diese Vision zu erfüllen. Die Antwort liegt in diesem schrecklichen Gesetz, einem von vielen, die in die intimsten Bereiche palästinensischen Lebens eindringen und sie vereinnahmen, um die Vorherrschaft einer Gruppe über eine andere zu wahren.

Shaked selbst hätte es nicht deutlicher ausdrücken können, als sie kurz nach der Abstimmung in der Knesset auf Twitter schrieb: „Ein jüdischer und demokratischer Staat – 1. Ein Staat für alle seine Bürger – 0.“ Wie viele israelische Regierungsvertreter müssen ihre Absichten noch offen kundtun, und wie viele rassistische Gesetze müssen noch verabschiedet werden, bevor die Welt einsieht, dass Israel ein Apartheidstaat sein will?

Amjad Iraqi ist Redakteur und Autor beim Magazin +972. Er ist außerdem politischer Analyst bei der Denkfabrik Al-Shabaka und war zuvor Advocacy-Koordinator beim Rechtszentrum Adalah. Er ist palästinensischer Staatsbürger in Israel und lebt in Haifa.

Übersetzung für Pako: A. Riesch – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: <https://www.972mag.com/edition/israel-citizenship-law-racism/>